

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(10. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Bleser, Julia Klöckner, Ursula Heinen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Volker Blumentritt, Mechthild Rawert, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/5258 –**

Förderung gesundheitsrelevanten Verhaltens zur Prävention von Fehl- und Mangelernährung, Übergewicht und Bewegungsmangel insbesondere bei Kindern und Jugendlichen

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/5271 –**

Konkrete Maßnahmen und verbindliche Strukturen für bessere Ernährung und mehr Bewegung umsetzen

A. Problem

Zu Nummer 1

Falsche Ernährung und mangelnde Bewegung sind immer häufiger die Ursache für Krankheiten. Viele Menschen achten zu wenig auf die Empfehlung von Art, Menge und Form der Nährstoffe, die der Körper unter verschiedenen Lebensbedingungen benötigt. Darüber hinaus ist der richtige Umgang mit Ernährung heute vielfach problematisch. Durch Veränderungen der Lebenswelt wird ein bewegungsaktiver Stil weniger gefördert als früher.

Fehl- und Mangelernährung, von der nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch Erwachsene betroffen sind, sind eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

Die Bundesregierung wird unter anderem aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die einen möglichst integrierten Ansatz von Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung aufweisen und die Prävention in den Vordergrund der Strategie stellen.

Zu Nummer 2

Nach den jüngsten Erhebungen zur Ernährungssituation von Kindern und Jugendlichen ist klar geworden, dass das Problem von Übergewicht und Fehlernährung von der Bundesregierung sofortige Maßnahmen verlangt. Die seit 2004 vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unternommenen Anstrengungen zur Prävention von Übergewicht und die dabei geförderten Initiativen verfolgten die Idee der bewussten und genussvollen Ernährung und waren erste Schritte.

In Zukunft muss noch stärker die Fähigkeit von Kindern, Jugendlichen und Eltern, aber auch Pädagogen gefördert werden, sich selbst zu informieren und beraten zu lassen, um dann eigene Entscheidungen zur Ernährung und Bewegung zu treffen.

Die Bundesregierung wird angesichts der erschreckenden Studien zum Übergewicht aufgefordert, bei einem Aktionsplan zur gesunden Ernährung und Bewegung konkrete Maßnahmen zu ergreifen, die Werbung für Kinderlebensmittel gesetzlich zu regeln, Lebensmittel verbraucherfreundlich zu kennzeichnen und ein Präventionsgesetz einzubringen, mit dem eine Präventionsstiftung geschaffen werden soll.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/5258 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5271 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5258.

Zu Nummer 2

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/5271.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/5258 anzunehmen und
den Antrag auf Drucksache 16/5271 abzulehnen.

Berlin, den 20. Juni 2007

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende und Berichterstatterin

Julia Klöckner
Berichterstatterin

Volker Blumentritt
Berichterstatter

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Karin Binder
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Julia Klöckner, Volker Blumentritt, Hans-Michael Goldmann, Karin Binder, Ulrike Höfken

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/5258** in seiner 97. Sitzung am 10. Mai 2007 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Sportausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/5271** in seiner 97. Sitzung am 10. Mai 2007 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Sportausschuss sowie den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Zu Nummer 1

Fehl- und Mangelernährung sind eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch Erwachsene sind betroffen. Derzeit sind laut aktueller Studien in Deutschland rund 42 Prozent der Frauen und 58 Prozent der Männer übergewichtig.

Von mehr als 17 600 deutschen Kindern und Jugendlichen im Alter von 1 bis 17 Jahren, die von 2003 bis 2006 im Rahmen einer Studie des Robert Koch-Instituts (RKI) untersucht wurden, sind insgesamt 15 Prozent der 3- bis 17-Jährigen übergewichtig, ein Drittel davon, d. h. 6 Prozent, ist als krankhaft übergewichtig, also als adipös zu bezeichnen. Deutschlandweit ergibt sich hieraus eine Summe von ca. 1,9 Millionen übergewichtigen oder adipösen Kindern und Jugendlichen. Körperliche Übungen, die Koordination, Balance, Beweglichkeit oder Kraft erfordern und vor 30 Jahren in dieser Altersgruppe noch Standard waren, können heute von vielen Kindern und Jugendlichen nicht oder nur noch unter großen Schwierigkeiten ausgeführt werden.

Die Änderungen der kindlichen Umwelt, Urbanisierung, audiovisuelle Medien, Freizeitplanung etc. beschränken den natürlichen Bewegungsdrang bei Spiel und Sport sowie die Bewegungszeit von Kindern und Jugendlichen erheblich.

Die gesellschaftlichen Folgen von direkten und indirekten Krankheitskosten durch Übergewicht und Adipositas einschließlich ihrer Folge- und Begleiterkrankungen wurden im Jahr 1995 auf 7,75 bis 13,55 Mrd. Euro geschätzt – das waren 3,1 bis 5,5 Prozent der Gesundheitskosten. Ohne Gegensteuerung muss bei Fortschreiten der Entwicklung in Zukunft von einer wesentlich höheren Summe ausgegangen werden.

Auch die Zahl der unterernährten Kinder und Jugendlichen in Deutschland wächst ständig und hat sich zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem entwickelt. Dabei entstehen ähnliche Folgeprobleme für den Einzelnen wie beim Übergewicht.

Vor dem Hintergrund der Fehl- und Mangelernährung ist der Prävention und der Gesundheitsförderung ein hoher Stellenwert einzuräumen. Aufgabe der Politik ist es hierbei, Rahmenbedingungen zu schaffen. Dies kann von Aufklärungsmaßnahmen über modellhafte Maßnahmen und lokale Projekte zu Ernährung und Bewegung bis hin zu gesetzlichen Regelungen reichen.

In diesem Zusammenhang ist das Vorhaben der Bundesregierung, die Arbeit zur Übergewichtsprävention im Kindes- und Jugendalter intensiv fortzusetzen, als wichtiges gesundheitsförderndes Signal zu begrüßen. Aber auch die Vernetzung aller gesellschaftlichen Gruppen durch die Gründung der Plattform Ernährung und Bewegung (peb) und des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung entspricht der von der WHO zur Bekämpfung des Übergewichts geforderten Strategie und stellt auf Bundesebene in dieser Größenordnung ein Novum dar. Im Haushalt 2007 des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wurde daher für peb-Projekte zusätzlich 1 Mio. Euro bereitgestellt.

Erfolgreiche Maßnahmen der Präventionsarbeit erfordern aber einen integrierten Ansatz, der eine Verbindung der Bereiche Ernährung und Bewegung aufweisen muss. Zum Gelingen erfolgreicher Maßnahmen tragen u. a. das Angebot von Hilfen für die Arbeit vor Ort, die Erstellung von Ernährungsempfehlungen und Ernährungskonzepten sowie die Einbeziehung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, wie z. B. Erzieher/Erzieherinnen und Lehrpersonal, bei.

Damit Prävention in jedem Fall vor Intervention steht, müssen vorbeugende Maßnahmen frühzeitig, bereits in der Schwangerschaft, im Säuglings-, Kindes- und Jugendalter ansetzen. Neben familienorientierten Ansätzen als unverzichtbare Grundlage einer erfolgreichen Konzeption kommt dabei auch gesundheitsfördernden Maßnahmen in den Bildungseinrichtungen besondere Bedeutung zu, weil dort jedes Kind erreicht werden kann.

Da die Kompetenzen für ein sinnvolles präventives Vorgehen vorrangig im Verantwortungsbereich der einzelnen Bundesländer oder auch Kommunen liegen, sollte die Bundesregierung prüfen, in welcher Form sie den Ländern Angebote unterbreiten und Unterstützung zukommen lassen kann, ohne dass sich die Maßnahmen im „Kompetenzgerangel“ verlieren.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher im Wesentlichen auf,

- Maßnahmen zu ergreifen, die einen möglichst integrierten Ansatz mit den Themen Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung aufweisen;

- als Mitglied der Plattform Ernährung und Bewegung dort ihre Verantwortung wahrzunehmen und gezielt Vorstellungen und Forderungen einzubringen, bei den Bundesländern auf eine Mitgliedschaft in der peb hinzuwirken sowie die Bewilligung der Mittel zur Förderung von Projekten der peb an definierte Schwerpunkte zu knüpfen;
- die Prävention in den Vordergrund der Strategie zu stellen und auch in Europa für diesen Ansatz aktiv einzutreten sowie das Bewusstsein für Sport, Bewegung und gesunde Ernährung als Instrument zur Prävention nachhaltig zu erhöhen;
- unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Kompetenzordnung darauf hinzuwirken, dass in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen eine gesundheitsfördernde, ausgewogene kind- und umweltgerechte Ernährung zu einem attraktiven Preis realisiert werden kann;
- mit den Ländern zu beraten, wie im vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bereich mehr körperliche Bewegung sowie die Aus- und Fortbildung in Ernährungsfragen gefördert werden kann;
- Maßnahmen zu unterstützen, die finanziell schwachen Bevölkerungsteilen einen kostengünstigen Zugang zu wohnortnahen Sport- und Bewegungsangeboten ermöglichen, und bei der Unterstützung von Projekten zur Bewegungsförderung auf geschlechts- und altersspezifische Angebote zu achten und insbesondere einen Fokus auf eine individuelle Förderung von Mädchen und hier speziell auch Migrantinnen zu legen;
- das Phänomen der Über- und Mangelernährung und des Bewegungsmangels auf europäischer Ebene stärker ins Bewusstsein zu rücken und sich verstärkt für eine koordinierte Vorgehensweise der Mitgliedstaaten der EU einzusetzen.

Zu Nummer 2

Nach einer internationalen Studie liegt die Bundesrepublik Deutschland in Europa auf Rang eins der Übergewichtigen mit 75,4 Prozent übergewichtiger Männer und 58,9 Prozent übergewichtiger Frauen. Das bedeutet, dass die durchaus positiven Ansätze des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu diesem Bereich noch nicht ausreichend sind. Die Plattform für Ernährung und Bewegung sowie die Initiative zur Schulverpflegung haben sehr gute Ansätze, bei denen keine Verbote, sondern bewusste Ernährung und Bewegung im Mittelpunkt stehen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat ihre Mitgliedstaaten zu entschiedenen Maßnahmen gegen das Übergewicht aufgerufen. Dabei wird ein Zusammenhang zwischen Werbung für Kindernahrungsmittel und dem Hang zum Übergewicht gesehen.

Der Deutsche Bundestag wird deshalb unter anderem aufgefordert,

- die Werbung mit Kinderlebensmitteln und verkaufsfördernde Maßnahmen an Schulen und öffentlichen Jugendeinrichtungen gesetzlich zu regeln;
- eine verbraucherfreundliche Kennzeichnung auf Lebensmitteln vorzuschreiben, die ähnlich wie die britische Ampelkennzeichnung einfach zu verstehen ist;

- dafür zu sorgen, dass keine süßen Erfrischungsgetränke oder Süß- und Snackwaren in Schulen und Jugendeinrichtungen angeboten werden;
- ein Präventionsgesetz einzubringen, über das eine Präventionsstiftung geschaffen werden soll. Hierdurch sollen Finanzmittel bereitgestellt werden und die Strukturen geschaffen werden, um eine umfassende Lebenswelt- und settingbezogene Prävention voranzubringen;
- ein mit 20 Mio. Euro ausgestattetes Bundesprogramm Ernährung und Bewegung einzurichten.

Weiter wird die Bundesregierung aufgefordert, sich gemeinsam mit den Ländern dafür einzusetzen,

- die Schulen in Fragen Gesundheit, Ernährung und Bewegung verbindlich zu beraten und dabei das Ziel zu verfolgen, gesunde und kostengünstige Essen flächendeckend anzubieten;
- die Schulverpflegung an den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung auszurichten;
- in den Stätten der Kinder- und Jugendbildung praktische Lebensmittelkunde und Kochkurse anzuregen
- sowie Gesundheit und Breitensport umfassender als bisher zu fördern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Sportausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5258 in seiner 34. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5258 in seiner 64. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage 16/5258 in seiner 46. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5258 in seiner 40. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5258 in seiner 53. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5258 in seiner 37. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5258 in seiner 57. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5258 in seiner 43. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5258 in seiner 39. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5258 in seiner 36. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Zu Nummer 2

Der **Sportausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5271 in seiner 34. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5271 in seiner 57. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlagen auf Drucksachen 16/5258 und 16/5271 abschließend beraten.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** erläuterten, in ihrem Antrag werde das wichtige Thema Ernährung und Bewegung aufgegriffen. Es handele sich dabei um ein Resümee aus der Regierungserklärung. Die Bedeutung der übergreifenden Aufgabe werde auch daran deutlich, dass sich insgesamt elf Ausschüsse mit dem Thema befassen hätten. Es sei notwendig, die Synergieeffekte der Ausschüsse

zu nutzen und als Schlussfolgerung daraus den Antrag im Protokoll um eine besondere Berücksichtigung behinderter Kinder zu ergänzen.

In dem Antrag werde die Bundesregierung aufgefordert, das über den nationalen Aktionsplan Angestoßene medienmäßig fortzusetzen mit dem Ziel, eine Wirkung bei Kindern und Eltern im Sinne ausgewogener Ernährung und ausreichender Bewegung zu erreichen. Die Bundesregierung solle zusätzlich prüfen, inwieweit im Rahmen der schulischen Mittagsbetreuung ausgewogene Mahlzeiten zu akzeptablen Preisen bereitzustellen seien. Unter anderem solle weiter geprüft werden, ob die Besteuerung für die Dienstleistung „Mittagstisch“ nicht gesenkt werden könne.

Weiter sollten die Bundesländer aufgefordert werden, in die Plattform für Ernährung und Bewegung zu investieren. Diese wiederum sollte auch die Kommunen ansprechen und eine Zusammenarbeit anregen.

In Bezug auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde betont, dass man sich gegen eine Ampelkennzeichnung nach britischem Muster ausspreche, da damit keine Bewusstseinsbildung beim Verbraucher erreicht werde. Die in diesem Antrag geforderte Summe von 20 Mio. Euro für Ernährung und Bewegung seien zurzeit nicht finanzierbar. Von daher werde der Antrag abgelehnt. Wichtig sei es jetzt, durch die Einberufung einer Ernährungsministerkonferenz die Maßnahmen von Bund und Ländern einer Koordinierung zuzuführen.

Die **Fraktion der FDP** betonte, wie wichtig das Thema Ernährung und Bewegung sei – dies sei in der Anhörung zu dem Thema zum Ausdruck gekommen, die man nun nachbereiten möchte. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde abgelehnt wegen der sog. Ampelkennzeichnung, die ein zu einfaches Schema sei, um das komplexe Thema Lebensmittelkennzeichnung umfassend darzustellen. Im Koalitionsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD wurde der Mangel gesehen, dass darin nicht erläutert sei, was bisher auf dem Gebiet von Ernährung und Bewegung erreicht worden sei. Man finde auch die Bindung der Mittelvergabe an die Plattform Ernährung und Bewegung für bestimmte Projekte nicht richtig. Bei den im Antrag der Koalitionsfraktionen geforderten Forschungsaktivitäten sei der Fokus zu sehr auf die schulische Verpflegung begrenzt und umfasse zum Beispiel nicht die in der Anhörung angeregte Erforschung der Mutter-Kind-Interaktion vor der Geburt.

Die **Fraktion DIE LINKE.** äußerte, im Koalitionsantrag sei die Situation z. B. einkommensschwacher Familien, die vom Arbeitslosengeld II leben müssten, zu wenig berücksichtigt. Gerade Einkommensschwache verfügten nicht über genügend finanzielle Mittel, um eine ausgewogene Ernährung zu gewährleisten. Von daher seien die Konsequenzen aus den zum Teil richtigen Zielen des Antrags nicht richtig gezogen worden.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Themenbereich Ernährung und Bewegung sei insgesamt zielführender und werde deshalb befürwortet.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, im Antrag der Koalitionsfraktionen zum Thema Ernährung und Bewegung seien viele Teilbereiche genannt, die erst auf lange Zeit zu einer Entwicklung in die richtige Richtung

führen könnten. Allerdings seien außer Aufklärungsmaterialien keine gesetzlichen Initiativen benannt. Dies betreffe auch die Haltung gegenüber der Nahrungsmittelindustrie. Man müsse feststellen, dass die Behandlung der Kosten für ernährungsbedingte Krankheiten explodierten. Unter anderem deshalb bedürfe es eines gesetzlichen Vorgehens bei der Werbung für Kinderlebensmittel und der Kennzeichnung. Die Ampelkennzeichnung sei einfach, klar und für jeden verständlich. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beinhalte einen ganzheitlichen Ansatz mit Anregungen für gesetzgeberische Maßnahmen und das Präventionsgesetz.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt, den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 16/5258 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP anzunehmen und den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/5271 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

Berlin, den 20. Juni 2007

Julia Klöckner
Berichterstatlerin

Volker Blumentritt
Berichterstatter

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Karin Binder
Berichterstatlerin

Ulrike Höfken
Berichterstatlerin

